

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 27./28.04.2023

Zur 20. Sitzungsperiode des Landtages standen 28 Themen auf der Tagesordnung, zu denen am 27. und 28. April debattiert und abgestimmt wurde.

#Gesundheit

Ein Schwerpunkt dieser Landtagssitzung war die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt. Gleich mehrere eigenständige Anträge hat die Linksfraktion dazu eingebracht und in weiteren Diskussionen ihre Positionen, Vorschläge und Forderungen unterstrichen.

Krankenhauslandschaft für Patient*innen und Beschäftigte gestalten

Die medizinische Versorgung der Menschen im Land verschlechtert sich seit Jahren. Kliniken und Stationen schließen oder kämpfen um ihren Erhalt. In diesem sozialen, sensiblen Bereich nach Profit zu streben, macht Menschen und Beschäftigte krank. Die ersten veröffentlichten Ergebnisse des Krankenhaus-Gutachtens beschreiben die Misere, fordern Investitionen in die Krankenhäuser und stellen bereits eine Unterversorgung besonders im nördlichen ländlichen Bereich Sachsen-Anhalts fest. Im Süden des Landes pendeln die Patient*innen ins Nachbarland Sachsen, was jedoch keine Lösung sein kann. DIE LINKE schlägt daher mit ihrem Antrag ([Drs. 8/2517](#)) eine breit angelegte Kommission vor.

Nicole Anger, *gesundheitspolitische Sprecherin* der Fraktion DIE LINKE, betonte in der Debatte: „Krankenhäuser müssen endlich in die Lage versetzt werden, nach Bedarf, Behandlungsqualität und Gemeinwohl organisiert zu sein. Die Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten müssen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite. Wir brauchen endlich eine Abkehr vom finanziellen Druck. Wir brauchen eine Abkehr von der Ausnutzung der moralischen Verpflichtung des Personals gegenüber den Patient*innen. Gesundheitsversorgung muss wohnortnah und erreichbar sein. Deswegen beantragen wir heute das Einsetzen einer Gesundheitspolitischen Kommission. Eine Kommission, die deutlich breiter aufgestellt ist als der Krankenhausplanungsausschuss. Eine Kommission, die die Menschen, die demografische Entwicklung, die Entwicklung der Morbidität, die Erreichbarkeiten der Gesundheitsversorgung, das Personal und die Personalgewinnung in den Blick nimmt.“

Sie kritisierte, dass mit der Schließung weiterer Stationen gerade im ländlichen Raum eine kalte Marktberingung entgegen den Versprechen im Koalitionsvertrag einhergehe. „Wir brauchen eine sofortige Sicherung der vorhandenen Krankenhausstruktur. Bevor in diesem Bundesland nicht eindeutig geklärt ist, wie eine sichere medizinische Versorgung der Menschen aussehen kann und muss und auch wie wir unsere medizinischen Fachkräfte halten, ausbilden und gewinnen, darf es hier zu keinem weiteren Abbau kommen!“

Da die Mitglieder des Krankenhausplanungsausschusses die gesellschaftliche Breite nicht abdeckten und ihre eigenen Kriterien hätten, nach denen sie den Krankenhausplan aufstellen, sollten nach unserem Willen auch gesellschaftlich relevante Organisationen mit an den Tisch geholt werden. Dazu gehörten Gewerkschaften, die kommunalen Spitzenverbände, aber eben auch Patient*innenvertretungen und der Verbraucherschutz. Die Bedarfsplanung müsse wieder stärker demokratisiert werden, um die Gesellschaft in den notwendigen Aushandlungsprozess zu integrieren. – Der Antrag wurde abgelehnt.

Kinderärztliche und geburtshilfliche Versorgung im Land sicherstellen

Die Not bei der flächendeckenden Versorgung selbst von zum Teil schwer erkrankten Kindern in Sachsen-Anhalt ist ein Skandal. Die Auswirkungen jahrelanger Versäumnisse bei der Absicherung

von Standorten und das Aussitzen struktureller Probleme werden derzeit besonders deutlich. Auch in der Kindermedizin wird das Entgeltsystem der Fallpauschalen angewandt, womit ein wirtschaftliches Arbeiten dieser Abteilungen kaum möglich und für Krankenhäuser defizitär ist. Somit findet die Versorgung der Kinder und Jugendlichen an immer weniger Standorten im Land statt. Bereits auf der Landtagssitzung im März hatte die Linksfraktion einen Antrag dazu gestellt (Drs. 8/2365), der vom Landtag abgelehnt wurde. Als Alternativantrag (Drs. 8/2556) zum Antrag der AfD-Fraktion hat DIE LINKE deshalb ihre Forderungen nochmals bekräftigt. – Leider wurde auch dieser Alternativantrag abgelehnt.

Modellprojekt anonymer Kranken-/ Behandlungsschein starten

Trotz verfassungsmäßiger Rechte leben Menschen in Sachsen-Anhalt ohne ausreichenden Zugang zu medizinischer Versorgung. Die Gründe dafür sind vielfältig: Selbstständige, die sich die privaten Versicherungsbeiträge nicht mehr leisten können. Menschen, bei denen der Übergang von einem Pflicht- in ein freiwilliges Versicherungsverhältnis nicht funktioniert. Ehemalige Inhaftierte, die nach dem Strafvollzug Probleme haben, in das Versicherungssystem reintegriert zu werden. Drittstaatler*innen, deren Versorgungsbedarf das Leistungsspektrum der Auslands- oder Reiseversicherung übersteigt. Menschen, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus ihren Leistungsanspruch nicht wahrnehmen können. Alle diese Menschen meiden den Gang zum Arzt oder Ärztin. Dadurch entstehen vermehrt medizinische Notfälle. Krankheiten werden chronisch oder lebensbedrohlich. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE beantragt (Drs. 8/2515), durch die Landesregierung ein Modellprojekt auflegen zu lassen, durch das allen Menschen einen Zugang zur Gesundheitsversorgung durch einen anonymen Kranken-/ Behandlungsschein ermöglicht wird.

In der Debatte zur Einbringung des Antrages erklärte die *gesundheitspolitische Sprecherin Nicole Anger*: „In vielen Bundesländern, und zwar in zehn, um genau zu sein, gibt es bereits einen anonymen Behandlungsschein, und es gibt Clearingstellen, die Betroffenen helfen, den Weg zurück in die Krankenversicherung zu finden. Die Kostenübernahme im Falle der Inanspruchnahme des anonymen Behandlungsscheins wird oft aus sogenannten Behandlungsfonds des Landes realisiert.“ Daher sollte dringend auf die Erfahrungen dieser Bundesländer zurückgegriffen werden.

„Für meine Fraktion und mich stehen auch diese Menschen mit ihren Bedürfnissen und Bedarfen im Mittelpunkt unserer Tätigkeit, und das ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, ihres Einkommens oder ihres Aufenthaltsstatus. Gesundheitsversorgung und Gesundheitsvorsorge dürfen nicht zur Disposition stehen, für keinen Menschen, ob nun mit oder ohne Krankenversicherung.“

Die Ausführungen unserer Abgeordneten wurden immer wieder von lauten und unangemessenen Zwischenrufen insbesondere aus den Reihen der AfD-Fraktion unterbrochen. – Der Antrag wurde abgelehnt.

Engpässen bei Personal und Medikamenten in Apotheken entgegenwirken

Apotheken sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Doch der Bestand der Apotheken ist nicht mehr gesichert. Zeitgleich steigen die bürokratischen Anforderungen an die Apotheken und werden durch einen dauerhaften Lieferengpass bei Medikamenten noch verstärkt. Formfehler auf Rezepten führen zu Retaxationen. Das bedeutet, dass die Krankenkasse die Erstattung des durch die Apotheke bereits abgegebenen Arzneimittels verweigern. „Nullretaxationen“ finden auch in Fällen statt, in denen die Apotheken das Arzneimittel entsprechend der ärztlichen Verordnung abgegeben, also auch die Leistung der Sache nach erbracht haben. Eine gesetzliche Regelung ist erforderlich, um die Beanstandungen der Krankenkassen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Wenn wir nicht auf servicefreie Versandapotheken setzen wollen, dann stärken wir jetzt unsere Apotheken vor Ort – in der Medikamentenbeschaffung und beim Personal! So lautet der Grundtenor unseres Antrages (Drs. 8/2535), der jedoch abgelehnt wurde.

Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsberufen endlich umsetzen

Fachkräfte in therapeutischen Gesundheitsberufen fehlen überall. Ein großes Manko dabei ist, dass die Ausbildung teilweise immer noch selbst zu bezahlen ist und eine Ausbildungsvergütung – wie in anderen Berufen üblich – fehlt. In Deutschland gibt es zum aktuellen Zeitpunkt 12 Bundesländer, in denen die Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsberufen ganz oder in großen Teilen beschlossen wurde. Dementsprechend muss Sachsen-Anhalt endlich den schon gefassten Beschluss aus dem Jahr 2019 umsetzen, weil wir mehr qualifiziertes Fachpersonal im Bereich der therapeutischen Gesundheitsberufe benötigen.

Im Bereich der Pflegehilfe ist die Schulgeldfreiheit in Sachsen-Anhalt bereits umgesetzt und der nächste Schritt hin zur Ausbildungsvergütung mit einem Gesetzentwurf der Landesregierung gemacht, der zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen wurde.

Parallel dazu hat die Linksfraktion mit ihrem Antrag (Drs. 8/2518) die Landesregierung aufgefordert, sich endlich über eine Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsberufen im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 verständigen und sich für eine Ausbildungsvergütung einsetzen. Nur so könne Sachsen-Anhalt langfristig Auszubildende in den jeweiligen Berufen gewinnen und dem Fachkräftemangel, insbesondere im ländlichen Raum, entgegenzutreten. – Der Antrag wurde in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

#Arbeitskämpfe

1. Mai – gewerkschaftliche Kämpfe um gute Arbeits- und Lebensbedingungen sind Voraussetzung für gute wirtschaftliche Entwicklung

Anlässlich des 1. Mai und angesichts der fortlaufenden Diskussion um die Legitimität der aktuellen Streiks und der Forderung der Gewerkschaften in den Tarifaueinandersetzungen hat die Linksfraktion mit ihrem Antrag (Drs. 8/2529) den Landtag aufgefordert, ein Bekenntnis zu grundgesetzlichen Garantien des Arbeitskampfes abzugeben. Denn der Kampf um attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen ist kein Hindernis, sondern Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

In der Diskussion um Streiks und Demonstrationen zum 1. Mai betonte **Wulf Gallert**, *wirtschaftspolitischer Sprecher* der Fraktion: „In Erinnerung an die sogenannte ‚Haymarket-Affäre‘ hat der Gründungskongress der 2. Internationalen 3 Jahre später den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterbewegung ausgerufen. Der Begriff ‚Kampftag‘ ist international seit mehr als 130 Jahren mit dem Blut von Arbeiter*innen geschrieben worden, die sich für faire Löhne, eine Beschränkung der Arbeitszeit und für Arbeiternehmer*innenrechte insgesamt eingesetzt haben, damals in den USA, später weltweit und natürlich auch in Deutschland, insbesondere in der Weimarer-Republik. Erinnerung sei hier nur an den Blut-Mai von 1929 in Berlin, bei dem 33 Demonstranten getötet wurden, übrigens auf Befehl eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin.“ Wulf Gallert ging auch auf die Geschichte des 1. Mai während der Zeit des Nationalsozialismus ein, die ihn zum „Tag der nationalen Arbeit“ umbenannten und damit versuchten, den 1. Mai zum „Tag der selbstlosen Aufopferung der Arbeiter und Arbeiterinnen“ für die deutsche Volksgemeinschaft umzudefinieren. Deshalb stürmten am 2. Mai 1933 faschistische Schlägertrupps die Gewerkschaftshäuser, beschlagnahmten das Eigentum der Gewerkschaften und folterten aktive Gewerkschafter, nahmen sie gefangen und brachten sie später zum Teil um. „In diesem Jahr jährt sich dieses Verbrechen zum 90. Mal und ich bin froh darauf verweisen zu können, dass Gewerkschaften dazu Gedenkveranstaltungen organisieren“, sagte Wulf Gallert.

In diesem Jahr stehe der 1. Mai unter dem Motto „ungebrochen solidarisch“. Immer dann, wenn diese Solidarität und diese Gemeinsamkeit nicht hergestellt wurden, habe es Reallohnverluste gegeben, seien Arbeiternehmer*innenrechte abgebaut worden, sei die Spaltung der Gesellschaft vorangeschritten. Genau deshalb seien starke Gewerkschaften, die die gesellschaftlichen

Interessen der Beschäftigten organisieren, für uns alle wichtig. Sie bildeten den Kitt dieser Gesellschaft, und ein Angriff auf gewerkschaftliche Rechte sei auch immer ein Angriff auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Sozialstaat. Ohne starke Gewerkschaften funktioniere ein demokratisches Gesellschaftssystem nicht. Deswegen sei es auch kein Wunder, wenn diejenigen, die am meisten vom Verfall der Gesellschaft profitierten, nämlich die AfD, auch die schärfsten Gegner der Gewerkschaften seien.

Es gebe aber schon wieder Stimmen, die versuchten, dass ohnehin schon stark reglementierte Streikrecht noch weiter einzuschränken. So fordere die Mittelstandsunion der CDU eine Pflicht zur Ankündigung von Warnstreiks von mindesten vier Tagen und im Bereich von öffentlichen Dienstleistungen, dass es Streiks überhaupt nur noch nach einer Zwangsschlichtung geben dürfte. Der deutsche Arbeitgeberverband forderte eine gesetzliche Einschränkung der Möglichkeiten von Streiks, die sollten nur die Ausnahme sein. „Streiks garantieren eine faire Verteilung des Reichtums dieser Gesellschaft, soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb sind starke Gewerkschaften, ein starkes Streikrecht, eine hohe Tarifbindung und gute Tarifabschlüsse im Interesse von uns allen. So und nur so kann Sachsen-Anhalt attraktiv für Fachkräfte werden und Menschen eine Perspektive bieten, die Herausforderungen, die vor uns stehen, gemeinsam zu meistern.“ – Der Antrag wurde abgelehnt und ein Alternativantrag der Koalitionsfraktionen mehrheitlich angenommen.

#aktuell debattiert

Nutzung von KI und ChatGPT müssen diskriminierungsfrei, transparent und überprüfbar sein

In der aktuellen Debatte im Landtag über die Nutzung von Künstlicher Intelligenz und ChatGPT betonte **Hendrik Lange**, *Experte für Digitalisierung* der Fraktion DIE LINKE: „In seiner Position zu Künstlicher Intelligenz spricht sich der Ethikrat deutlich dafür aus, darauf zu achten, dass Künstliche Intelligenz der menschlichen Entfaltung dienen und sie nicht vermindern darf. Umso wichtiger ist es, sich jetzt damit auseinanderzusetzen, wie wir diese Entwicklung in sinnvolle Bahnen lenken können. Lernende KIs können momentan nur Inhalte verarbeiten, die wir Menschen vorher erzeugt haben. Eine lernende KI greift auf eine reichhaltige Bibliothek voller Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und jede Menge Ideologie der Ungleichheit zu und lernt daraus. Diese Einschätzung fand sich auch in den Ergebnissen der Enquete-Kommission des Bundestages wieder.

Darin werden Europäische Union, Bund und Länder aufgefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen, eine KI-Strategie diskriminierungsfrei, transparent und nachvollziehbar zur Lösung ökologischer Probleme zu entwickeln und umzusetzen. Die Rolle künstlicher Intelligenz soll es demnach sein, Voraussetzungen für verantwortliches Handeln des Menschen zu verbessern. Dazu gehören auch Transparenz der Modelle, mit denen die KI trainiert wird. Open Source Systeme können diese Transparenz und Überprüfbarkeit besser gewährleisten als auf Vermarktung orientierte geschlossene Systeme. Es bedarf einer strengen Kontrolle anhand ethischer Grundsätze. Diverse Staaten und Unternehmen befinden sich in einem Wettrennen darum, wer die schnellste und beste KI entwickeln kann. Davon versprechen sie sich einen Anstieg von Produktivität, Wirtschaftswachstum und allgemeinem Wohlstand. DIE LINKE stellt die Frage, wem gehören die mächtigen Maschinen, wem dienen sie und wozu? Und nicht zuletzt drängen sich jetzt schon Fragen des Urheberrechts auf, das zum Training von KI auch urheberrechtlich geschützte Werke verwendet werden.“ Allerdings seien wir als Gesellschaft auf die rasante Entwicklung derzeit nicht vorbereitet, meint Hendrik Lange.

#Bildung

Bildungsforum und Staatsvertrag zur Lehramtsausbildung gefordert

Lehrermangel und Schulkrise bleiben weiterhin Dauerthema. Der mit dem bildungspolitischen Dialog des Ministerpräsidenten im Januar eingeleitete Prozess einer Suche nach tragfähigen Lösungen für

die tiefgreifende Schulkrise müsse unter geänderten Bedingungen und Beteiligung des Parlaments weitergeführt werden, fordert daher die Linksfraktion. Erforderlich sei ein Forum, in dem alle Teilnehmer*innen auf Augenhöhe nach Lösungen suchten und diese in Form von Empfehlungen dem Landtag und der Landesregierung zur Verfügung stellten. Die Zusammensetzung eines solchen Bildungsforums orientiere sich am Bildungskonvent der Jahre 2007 bis 2010, besagt der Antrag (Drs. 8/2472) der Linksfraktion.

Ein weiterer Antrag (Drs. 8/2519) hatte eine bundesweite Ausbildungsoffensive zur Lehramtsausbildung als koordinierte Strategie aller Bundesländer gegen den Lehrkräftemangel und einen Staatsvertrag zum Inhalt. Nahezu alle Bundesländer stellen mehr Lehrkräfte ein als sie ausbilden. Obwohl inzwischen alle Bundesländer in rasantem Tempo und in einem bisher undenkbarem Ausmaß Lehrkräfte ohne Lehramtsausbildung in ihren Schuldienst einstellen und Anforderungen an die Ausbildung immer weiter absenken, führen die Maßnahmen nicht dazu, dass sich die Lehrkräfteversorgung verbessert. Ein Ausweg aus dieser Krise ist möglich, wenn sich die Länder verständigen, ihren Lehrkräftebedarf von einer neutralen Instanz ermitteln und den Aufbau der Ausbildungskapazitäten kontrollieren zu lassen. Es muss einen gesonderten Länderfinanzausgleich geben, an dem sich der Bund mit mindestens der Hälfte des gesamten Finanzvolumens beteiligen muss. Sachsen-Anhalt soll mit diesem Beschluss die Initiative aus Berlin zu einem Staatsvertrag zur Lehramtsausbildung unterstützen und dabei eigene inhaltliche Schwerpunkte setzen.

Thomas Lippmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, betonte in der Landtagsdebatte um Bildungsforum und Staatsvertrag zur Lehramtsausbildung: „In ganz Deutschland wurde in den letzten 25 Jahren eine Entwicklung zugelassen, die zu einem bisher nicht dagewesenen Mangel an ausgebildeten Lehrkräften in allen Bundesländern geführt hat. Mangelhafte Bildung gefährdet die Lebensperspektiven ganzer Generationen und schwächt die ökonomische Basis unserer Wirtschaftsordnung. Bundesweit fehlen mehrere zehntausend Lehrkräfte. Diese Lücke ist entstanden, weil seit Jahren nahezu alle Bundesländer weniger Lehrkräfte im eigenen Land ausbilden, als sie anschließend in ihren Schuldienst einstellen wollen. Die Folge ist ein ruinöser Wettbewerb, der inzwischen nur noch Verlierer kennt, weil die Decke schon lange überall zu kurz ist. Der Föderalismus und die Kultusministerkonferenz versagen in der Frage der Bedarfs- und Ausbildungsplanung für den Lehrkräftenachwuchs komplett. Um aus der Abwärtsspirale in der Lehrkräfteversorgung wieder rauszukommen, muss jedes Land für sich selbst schlicht so viele Lehrkräfte ausbilden, wie es selbst braucht.“

Tatsächlich fehlen uns derzeit an den allgemeinbildenden Schulen mehr als 2.000 Lehrkräfte. Dabei haben die Verwerfungen zwischen den Schulformen und den Regionen ständig zugenommen. Die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen wurden abgehängt und der Niedergang der Schulbildung verläuft im Norden und Osten des Landes schneller als im Süden und Westen. Aus Hilflosigkeit wird ja gern orakelt, dass zu wenige junge Menschen den Beruf ergreifen wollen, weil der nicht attraktiv wäre. Das ist aber ebenfalls Unsinn. Es gäbe genügend junge Menschen, die bei uns ein Lehramtsstudium aufnehmen wollen, man muss sie nur lassen. Unattraktiv ist lediglich das Lehramt an Sekundarschulen, dafür gibt es in der Tat in den meisten Fächern viel zu wenige Bewerbungen.“

Landesregierung und Koalition blockierten die bestehenden Möglichkeiten, die Ausbildung bedarfsorientiert auszubauen und vorhandene Plätze auszulasten. Auch von den über 1.000 Lehrkräften im Seiteneinstieg scheidet ein Drittel nach kurzer Zeit wieder aus dem Schuldienst aus. Das sei ein viel zu großer Verlust. Es müsse gelingen, mit allen Ländern gemeinsam und verbindlich eine verlässliche und objektive Grundlage für die Bedarfs- und Ausbildungsplanung zu schaffen und deren Umsetzung auch verbindlich zu überprüfen. Sonst werde alles so weiterlaufen, wie bisher.

„Den Dialog dazu zum Jahresbeginn mit einer Vielzahl von Akteuren zu beginnen, war richtig. Ihn fortzusetzen und dabei für andere Rahmenbedingungen zu sorgen, ist das Gebot der Stunde. Es gibt Erklärungen und Appelle, es gibt Weckrufe und Brandbriefe, es gibt Masterpläne und Positionspapiere, die nicht nur Kritik an den Zuständen und Sorge um die künftige Entwicklung zum

Ausdruck bringen, sondern auch das Engagement vermitteln, durch eine gemeinsame Anstrengung und innovative Ideen das auf Grund gelaufene Schiff Schulbildung wieder flott zu bekommen. Dafür muss ein geeigneter Rahmen geschaffen werden, der bewusst an die positiven Erfahrungen mit dem Bildungskonvent anknüpft. Lassen sie uns gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren hier im Land und im Schulterschluss mit den anderen Bundesländern Verantwortung übernehmen und Verantwortung teilen und konstruktiv an der Überwindung dieser Schulkrise arbeiten.“

Beide Anträge wurden abgelehnt.

#BaföG

Soziale Lage der Studierenden

Die Proteste gegen die Preiserhöhungen bei den Wohnheimen beim Studentenwerk Halle zeigen, dass die soziale Lage der Studierenden dringend ins Auge gefasst werden muss. Preiserhöhungen von bis zu 40 Prozent stellen Studierende vor große Probleme. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag (Drs. 8/2516) eingebracht, in dem sie einen Hochschulsozialpakt zur Abmilderung der Preissteigerungen sowie erneut die Einführung eines elternunabhängigen BAföG fordert. Es brauche einen Notfallfonds, um den Verlust des Wohnheimplatzes und Obdachlosigkeit zu vermeiden. Langfristig müssten Wohnheimplätze ausgebaut und Studentenwerke beim Ausbau der Wohninfrastruktur unterstützt werden. Dafür müsse der Bund mit einspringen und die lang diskutierten Pläne eines Bund-Länder-Hochschulsozialpaktes endlich umsetzen. Außerdem braucht es die Einführung eines elternunabhängigen BAföG, das nicht zurückzahlen ist.

In seiner Rede unterstrich der *hochschulpolitische Sprecher **Hendrik Lange***: „Die soziale Lage der Studierenden ist schon schlimm genug. Die Angst davor, ob man sich ein Studium leisten kann, ob man überhaupt BAföG und günstigen Wohnraum bekommt, ist besonders bei Nichtakademikerkindern groß. Allein aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit ist das schon ein Skandal. Aber wir können es uns auch und gerade in akademischen Berufen nicht leisten, auch nur ein Talent zu verlieren, weil sich ein junger Mensch das Studium nicht leisten kann. Über viele Jahre hinweg gibt es bei der Anzahl der BAföG-Berechtigten einen dramatischen Abwärtstrend. Keine der BAföG-Reformen und -erhöhungen hat diesen Trend gestoppt. Insbesondere Familien, die so knapp über die Bemessungsgrenzen kommen, trifft es am härtesten. Das sogenannte Mittelstandsloch ist in diesem Zusammenhang ein geflügeltes Wort geworden.“

Deshalb sei es schon bittere Ironie, wenn jetzt die Löhne steigen und deswegen die Anspruchsberechtigungen erlöschen. Bei galoppierender Inflation und Reallohnverlusten sei das kaum zu ertragen. Fast 70 Prozent der Studierenden jobbten nebenbei, um über die Runden zu kommen. „Was tun wir den jungen Menschen eigentlich an? Statt sich aufs Studium konzentrieren zu können, müssen sie nebenher arbeiten. Ich finde das fatal“, sagte Hendrik Lange und verwies auf unsere Forderung nach dem elternunabhängigen und nicht zurückzahlbaren BAföG.

Der Antrag wurde in die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen.

+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +

Mehrere wichtige Gesetzentwürfe in erster Lesung eingebracht

Vor dem Hintergrund des Inkrafttretens des **Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG)** zum 1. Januar 2023 warten viele Vereine, Organisationen und Institutionen auf eine entsprechend angepasstes Ausführungsgesetz für Sachsen-Anhalt. Die Landesregierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf mit ihren Lösungsansätzen vorgelegt, der nach den Diskussionen in den Fachausschüssen noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll.

Das aktuelle **Bestattungsgesetz** des Landes ist inzwischen zwanzig Jahre alt und entspreche nicht mehr den aktuellen Erfordernissen. Daher hat die Landesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, um den zeitlichen und kulturellen Erfordernissen Rechnung zu tragen.

Kein Vizepräsident der AfD

Auch der erneute Anlauf der Fraktion der AfD, einen Vizepräsidenten aus ihren Reihen wählen zu lassen schlug fehl. Daniel Wald erhielt nicht die erforderlichen Stimmen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 16. Mai 2023

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im April 2023 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.